

Ungleichheit in der Schweiz – auch eine Frage der Daten

Geht die Lohnschere in der Schweiz auseinander, oder nimmt die Einkommensungleichheit sogar ab? Studien zur Einkommensverteilung kommen immer wieder zu unterschiedlichen Resultaten. Oft beeinflusst bereits die Auswahl der Datenquelle das Ergebnis. Die Analyse unterschiedlicher Datenquellen liefert deshalb aufschlussreiche Ergebnisse. *Pascale Gazareth, Christian Suter*

Abstract Die Einkommensungleichheit ist in der Schweiz im internationalen Vergleich traditionell hoch. Sie hat sich jedoch auf der Ebene der Haushalte im Gegensatz zu vielen anderen Ländern seit 1990 kaum verändert und verläuft im Allgemeinen parallel zu den Konjunkturzyklen. Durch eine Kombination von Datenquellen lässt sich diese Feststellung differenzieren. Einerseits hat sich die Lohnschere auch in der Schweiz geöffnet. Hauptverantwortlich dafür sind die Spitzenlöhne, eine Rolle spielen aber auch andere Aspekte wie die Erwerbstätigkeit der Frauen. Andererseits decken die meisten Haushaltsdaten die Reichsten und die Ärmsten ungenügend ab, was die gemessene Stabilität künstlich erhöht. Verschiedene Mechanismen reduzieren den Einfluss der Lohnungleichheit auf das Einkommen der Haushalte, namentlich Steuern und Sozialversicherungen. Allfällige Reformen haben deshalb stets einen Einfluss auf die Einkommensungleichheit.

Einkommensungleichheiten sind in der soziologischen und der wirtschaftlichen Forschung ein zentrales Thema. Diese Problematik sorgt auch heute noch für Diskussionen, da seit 200 Jahren dafür gekämpft wird, dass die gesamte Bevölkerung von besseren materiellen Lebensbedingungen profitiert. Diese Verbesserung der Lebensbedingungen in der Schweiz basierte einerseits auf der Schaffung von Wohlstand und andererseits auf der Umverteilung dieses Wohlstands und dem Schutz vor Armut. Die Thematisierung von Ungleichheit ist auch deshalb wichtig, da grosse Einkommensungleichheiten den sozialen Zusammenhalt und damit die Grundlagen moderner demokratischer Gesellschaften, aber auch deren wirtschaftlichen Erfolg gefährden.

Nachdem die Ideale einer klassenlosen Gesellschaft lange an Einfluss verloren haben, gewinnt das Ungleichheitsthema im Kontext der wirtschaftlichen Globalisierung wieder an Relevanz. Durch die Globalisierung wächst der Reichtum substanzial, er ist aber stärker konzentriert, wodurch sich die materielle Situation gewisser gesellschaftlicher Gruppen verschärft. Dazu gehören Personen, die keine Ausbildung haben oder kleine Landwirtschaftsbetriebe führen, genauso wie ein Teil des Mittelstands und Führungskräfte

in Branchen, die an Bedeutung verlieren oder einem intensivierten globalen Wettbewerb ausgesetzt sind. Verschiedene Forschungsarbeiten haben gezeigt, dass sich die Kluft zwischen Arm und Reich seit den Siebzigerjahren in vielen Ländern vertieft hat.

In der Schweiz wurde den wirtschaftlichen Ungleichheiten lange Zeit wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Dies ist möglicherweise damit zu erklären, dass es dem Land gelungen ist, die Armut tief zu halten, indem es wirtschaftlichen Erfolg mit der Fähigkeit koppelte, Reichtum aus dem

Ausland anzuziehen, zum Beispiel mit einer für ausländisches Kapital attraktiven Steuerpolitik.

Für die bisherige Forschungstätigkeit zum Thema Ungleichheit drängt sich aber noch eine andere Erklärung auf: die Art der verfügbaren Daten. Die meisten Studien zur Schweiz beruhen entweder auf Steuerdaten, auf den AHV-Registern oder auf grossen Stichprobenbefragungen bei Einzelpersonen oder Haushalten. Diese Quellen weisen jedoch Grenzen auf, wenn es darum geht, Einkommensungleichheiten zu messen, und schränken so die Forschungsmöglichkeiten ein. In den letzten Jahren hat sich dies zwar verbessert, doch wenn nur eine einzige Datenquelle herangezogen wird, bleibt ein Teil der Realität im Dunkeln (siehe *Kasten*).

Bereits die Datenauswahl beeinflusst die Ergebnisse

Statistiken wird nachgesagt, man könne mit ihnen alles beweisen – auch das Gegenteil. Die Messungen von Einkommensungleichheiten entkräften diese Aussage

Einschränkungen verschiedener Datenquellen bei der Messung von Einkommensungleichheiten

Bei der Verwendung von *Steuerdaten* besteht das Problem, dass Personen, die aufgrund ihres tiefen Einkommens nicht steuerpflichtig sind, in der Analyse unberücksichtigt bleiben. Teilweise kann es dabei auch zu Überschneidungen von Steuereinheiten und Wirtschaftseinheiten (Haushalte) kommen. Selbstständigerwerbende haben zudem Spielraum bei der persönlichen Trennung von persönlichem Einkommen und Unternehmererträgen.

Ein anderes Problem stellt sich bei der Verwendung der *Register der AHV-Beiträge*: Einerseits bleiben hier Einkommen unberücksichtigt, die nicht aus Erwerbstätigkeit stammen, andererseits sind bei AHV-Daten die Haushalte nicht identifizierbar. Aber auch *Umfragedaten* haben ihre Schwächen. Sehr reiche und sehr arme Personen bleiben in abschliessenden Stichproben unterrepräsentiert. Ausserdem werden bei Befragungen tendenziell

zu tiefe Einkommensangaben gemacht. Dies ist insbesondere bei Haushalten mit unregelmässigen oder gelegentlichen Einkommensquellen der Fall, aber auch wenn das Einkommen mit einer einzigen Frage erhoben wird, weil dabei oft gewisse Nebeneinkommen vergessen gehen. Letztlich fehlen bei Umfragen auch immer wieder zahlreiche Antworten, die dann imputiert werden müssen.



AHV-Renten wirken dämpfend auf Einkommensungleichheiten. Senioren tanzen in Bürglen TG.

nicht. Mit einer einzigen Messmethode scheint eine so komplexe Realität wie die Einkommensungleichheit unmöglich erfassbar zu sein. Eine Vereinfachung dieser Realität bedingt Entscheidungen, die unweigerlich einen Einfluss auf die Ergebnisse haben, da sie festlegen, welcher Teil der Realität abgebildet wird. Diese Entscheidungen betreffen etwa das Einkommensmass wie auch die gewählten Ungleichheitsindikatoren und die Datenquellen.

Bei der Auswahl des Einkommensmasses stellen sich folgende Fragen: Ist es sinnvoller, das Einkommen der Haushalte oder dasjenige der Einzelpersonen heranzuziehen? Betrachtet man nur die Einkommen aus Arbeit oder auch die Einkommen aus Vermögen? Ist das Brutto- oder das Nettoeinkommen aussagekräftiger? Bereits dadurch ergeben sich unterschiedliche Schlussfolgerungen. Die Einkommen der Haushalte zum Beispiel sind ausgeglichener als die Einkommen der Einzelpersonen, weil innerhalb der Haushalte bereits eine Umverteilung erfolgt. Auch die verfügbaren Einkommen (nach Abzug von Steuern und obligatorischer Krankenversicherung) bewegen sich in einer engeren Bandbreite als die Nettoeinkommen. Umgekehrt vergrössern sich mit der Berück-

sichtigung von Vermögenserträgen die Ungleichheiten, da das Vermögen sehr ungleich verteilt ist.

Eine andere Entscheidung, die Einfluss auf die Ergebnisse hat, betrifft die Wahl der Ungleichheitsindikatoren. Der bekannteste Indikator ist der Gini-Index. Er bietet eine Gesamtsicht darüber, wie die Einkommen verteilt sind; er reagiert aber weniger auf Veränderungen im obersten und im untersten Einkommensbereich. Andere Indikatoren wie etwa Perzentilverhältnisse – beispielsweise das Verhältnis des untersten bzw. des höchsten Einkommensdezils zum mittleren Einkommen – vermögen die Verteilung der hohen und der tiefen Einkommen deutlicher aufzuzeigen.

Schliesslich stellt sich die Frage, welche Daten zu verwenden sind. Die meisten Daten decken die Pole der Verteilung schlecht ab (siehe *Kasten*). Bei den Befragungen der Haushalte sind zudem arme und reiche Einheiten häufig untervertreten, was die gemessenen Ungleichheiten doppelt glättet. Steuerdaten überschätzen hingegen die Einkommensunterschiede, indem niedrige, nicht steuerpflichtige Einkommen grundsätzlich mit null beziffert werden. Zudem unterschätzen sie gewisse Einkommen, da bestimmte Einkommens-

bestandteile wie zum Beispiel Kapitalgewinne sowie Steueroptimierungen und -hinterziehungen ausgeblendet werden. Die AHV-Register bilden die einheitlichste und vollständigste Quelle über einen längeren Zeitraum. Sie weisen die beitragspflichtigen Einkommen aus, vernachlässigen allerdings Einkommen wie Renten aus der zweiten Säule oder Vermögenserträge und unterschätzen somit insgesamt die Ungleichheit.

Das vom Schweizerischen Nationalfonds unterstützte Forschungsprojekt *Income and Wealth Inequality, Deprivation and Wellbeing in Switzerland, 1990–2013*¹ hat das Ziel, die Entwicklung der wirtschaftlichen Ungleichheiten aufzuzeigen und die Auswirkungen auf den Wohlstand der Bevölkerung zu analysieren. Um robuste Schlussfolgerungen zur Entwicklung der Einkommensungleichheit zu erhalten, haben wir deshalb die Ergebnisse verschiedener Einkommensmasse und mehrerer Ungleichheitsindikatoren auf der Basis von acht verschiedenen Datenquellen² verglichen. Dieses Vorgehen

¹ Gesuchsnummer 100017_143320.

² Wir danken dem Bundesamt für Statistik und dem Schweizer Haushalt-Panel für die Bereitstellung der Daten.

erlaubt es, zentrale Entwicklungsmuster aufzuzeigen, bei denen davon ausgegangen werden kann, dass sie die tatsächliche Entwicklung der Einkommensungleichheiten widerspiegeln, unabhängig vom Einfluss spezifischer Ungleichheitsindikatoren, von Datenquellen und Einkommensmassen.

Ungleichheit und Konjunktur entwickeln sich im Gleichschritt

Das Einkommen der Haushalte wird soweit möglich in der Form betrachtet, die am meisten über den Lebensstandard aussagt: anhand des verfügbaren Äquivalenzeinkommens. Das verfügbare Äquivalenzeinkommen ist das Einkommen nach Abzug der sogenannten Zwangsabgaben wie Steuern, Sozialversicherungsbeiträge sowie Krankenkassenprämien und unter Berücksichtigung der Zusammensetzung der Haushalte.

Im Gegensatz zu anderen Ländern und trotz des Bevölkerungswachstums ist die Einkommensungleichheit in der Schweiz seit 1990 insgesamt stabil geblieben. Zwischen einzelnen Jahren und je nach Quelle bestehen allerdings bedeutende Abweichungen. Dies ist zu einem Grossteil mit methodischen Unterschieden erklärbar. Wie die *Abbildung* zeigt, resultiert eine grössere Einkommensungleichheit aus den Daten der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) und der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE), die auf den Nettoeinkommen beruhen. Auch bei der ESTV-Reihe mit null, die allen nicht Steuerpflichtigen ein Einkommen von null zuweist, sind die Ungleichheiten stärker. Der Grund dafür ist, dass diese Datenreihe die Einkommensunterschiede überschätzt, wohingegen die Reihe ohne Null-Werte die Unterschiede eher unterschätzt. Im Übrigen folgen die jährlichen Schwankungen einem Muster, das im Allgemeinen parallel zu den Konjunkturzyklen verläuft: Die Ungleichheit steigt in Wachstumsphasen wie am Ende der Neunzigerjahre oder zwischen 2003 und 2007. Umgekehrt geht die Ungleichheit zurück, wenn sich das Wachstum verlangsamt wie zwischen 2000 und 2003.

Der Einfluss der Wirtschaftszyklen ist damit zu erklären, dass Kapitalerträge und erfolgsabhängige Vergütungen wie Prämien und Boni konjunkturabhängig sind und diese vor allem in wohlhabenderen Haushalten eine Rolle spielen. Gleichzeitig wirkt das System der sozialen Sicher-

heit stabilisierend, indem es die Folgen von Wirtschaftskrisen wie Arbeitslosigkeit und Armut abfedert. Diese Stabilisierung kommt insbesondere Haushalten mit tiefen und mittleren Einkommen zugute, ebenso wie konjunkturunabhängige Rentenleistungen, die sich in erster Linie parallel zur Teuerung entwickeln, an die sie regelmässig angepasst werden.

Spitzenlöhne treiben Ungleichheit an

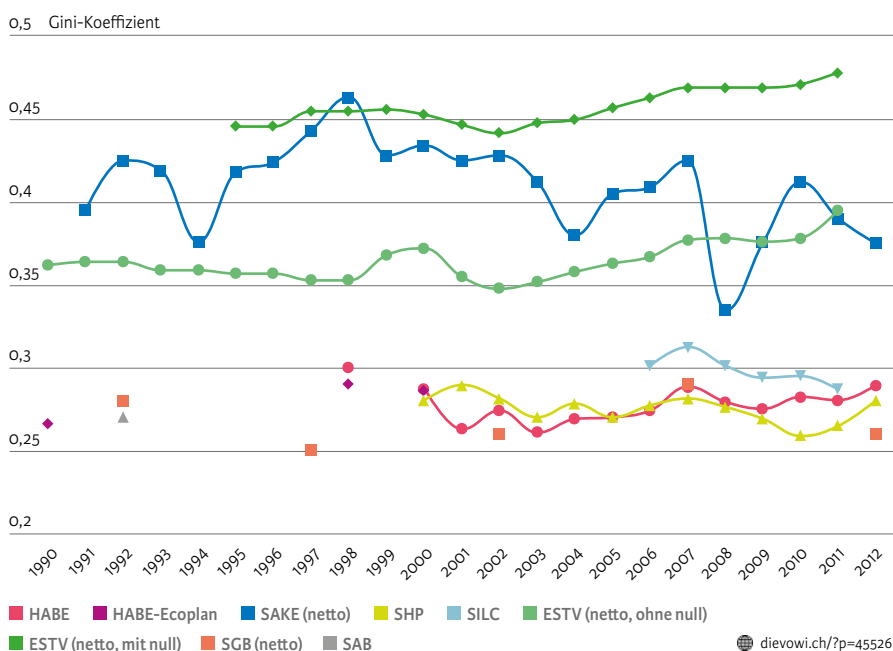
Analysen zur Entwicklung der Erwerbseinkommen von Einzelpersonen stellen die oben dargestellten Befunde einer weitgehend stabilen Entwicklung der Schweizerischen Einkommensungleichheit jedoch infrage. Die vollständigsten Lohndaten weisen darauf hin, dass die Lohnunterschiede nach einem leichten Rückgang in der ersten Hälfte der Neunzigerjahre – abgesehen von konjunkturellen Schwankungen – kontinuierlich gewachsen sind. Hauptmotor dieser Entwicklung sind an-

gesichts nur leicht wachsender tiefer und mittlerer Löhne demnach die hohen Einkommen. Aber auch die zunehmende Teilzeitarbeit spielt dabei eine Rolle.

Diese Zunahme der Lohnungleichheiten kommt nur mit Daten zum Vorschein, welche die Spitzeneinkommen gut abdecken, etwa mit der Schweizerischen Lohnstrukturerhebung oder dem AHV-Register. Umgekehrt zeichnen die Haushaltsbefragungen eher das Bild stagnierender oder sogar rückläufiger Lohnungleichheiten, was mit ihrem Fokus auf eine breite Mittelschicht zu erklären ist. In der Schweiz dominieren demnach stabile Lohnungleichheiten im breiten zentralen Segment der Verteilung, während bei Berücksichtigung der Spitzenlöhne eine Zunahme der Ungleichheiten resultiert.

Doch wie ist es zu erklären, dass die Ergebnisse für die Haushaltseinkommen diese Ungleichheitszunahme nicht abbilden? Dafür sind verschiedene Gründe verantwortlich. Einerseits beläuft sich der Anteil sehr hoher Löhne auf weniger als 1 Pro-

Gini-Koeffizient des verfügbaren Haushaltseinkommens 1990–2012 nach Datenquelle



Äquivalenzeinkommen gemäss modifizierter OECD-Skala.

HABE: Haushaltsbudgeterhebung (Quelle: BFS (2015), Einkommen der privaten Haushalte nehmen zu, Einkommensverteilung bleibt stabil).

HABE-Ecoplan (Quelle: Ecoplan (2004), Verteilung des Wohlstands in der Schweiz).

SAKE: Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (Quelle: BFS / eigene Berechnungen Suter et al.; Nettoeinkommen; Die Daten von 2008 wurden detailliert überprüft und imputiert).

SHP: Schweizer Haushalts-Panel (Quelle: SHP / eigene Berechnungen Suter et al.).

SILC: Statistics on Income and Living Conditions (Quelle: BFS / eigene Berechnungen Suter et al.).

ESTV: Eidgenössische Steuerverwaltung (Quelle: ESTV. Statistische Kennzahlen direkte Bundessteuer, www.estv.admin.ch (31.12.2014); Nettoeinkommen; mit Steuereinheiten (ESTV netto, mit null) und ohne (ESTV netto, ohne null), deren steuerbares Einkommen null beträgt).

SGB: Schweizerische Gesundheitsbefragung (Quelle: BFS / eigene Berechnungen Suter et al.; Nettoeinkommen).

SAB: Schweizer Armutsbefragung (Quelle: Leu et al. (1997), Lebensqualität und Armut in der Schweiz).

zent, was ihren Einfluss auf einen Indikator wie den Gini-Index beschränkt. Andererseits decken nur die Daten der ESTV die Haushalte mit den höchsten Einkommen richtig ab. Aus diesen Daten geht ebenfalls hervor, dass die Ungleichheiten gewachsen sind und die Entwicklung, zumindest seit 2002, ähnlich verlief wie bei den Löhnen.

Schliesslich tragen mehrere Elemente dazu bei, dass die Ungleichheiten bei den Löhnen der Einzelpersonen nicht identisch sind mit den Ungleichheiten beim verfügbaren Einkommen der Haushalte. Ein Grund dafür ist einerseits die ausgleichende Wirkung der Steuern auf das verfügbare Einkommen, andererseits aber auch die Zusammenlegung der individuellen Einkommen der Haushaltsmitglieder zur Berechnung der Äquivalenzeinkommen.

Die Erwerbstätigkeit der Frauen, die von 67 Prozent im Jahr 1992 auf 76 Prozent im Jahr 2012 anstieg, hatte ebenfalls eine ausgleichende Wirkung, indem sie den Anteil der Haushalte reduzierte, die nur über ein einziges Einkommen verfügen. Und schliesslich verringert sich mit der Alterung der Bevölkerung auch der Einfluss der Erwerbseinkommen auf die Ungleichheiten zwischen den Haushalten.

Politische Reformvorhaben könnten die Ungleichheit verstärken

Die Schweiz vermag sich den globalen Trends nicht zu entziehen. Mehrere Quellen bestätigen, dass im Kielwasser stark wachsender Spitzenlöhne auch hierzulande die Einkommensungleichheiten wachsen. Ver-

schiedene Einflüsse beschränken jedoch eine entsprechende Ungleichheitszunahme bei den Einkommen der Haushalte: Die solide Wirtschaftskraft der Schweiz, das System der sozialen Sicherheit, die Steuerpolitik und der traditionell hohe Anteil von Frauen mit Teilzeiterwerbstätigkeiten sorgen dafür, dass sich die Einkommensschere bei den Haushalten weniger stark geöffnet hat als in vielen anderen Ländern. Selbst durch die Immigration haben sich die Ungleichheiten nicht wesentlich geändert. Deshalb ist die Einkommensungleichheit in der Schweiz heute zwar immer noch ausgeprägt, international liegt sie aber im unteren Mittelfeld.

Mehrere politische Reformen könnten jedoch die Mechanismen verändern, die bisher zu dieser relativen Stabilität beigetragen haben. Verschiedene Steuerreformen könnten den ausgleichenden Effekt zwischen dem vorsteuerlichen Nettoeinkommen und dem verfügbaren Einkommen nach Steuern reduzieren. Ebenso würde beispielsweise eine Aufhebung der automatischen Indexierung für die Renten der ersten Säule die Kluft zwischen Rentenbezügern und Erwerbsbevölkerung vertiefen und dadurch die Ungleichheit insgesamt verstärken. Auch Massnahmen, die das Arbeitsvolumen in den Haushalten und die Haushaltgrösse verändern – etwa Reformen zur besseren Vereinbarkeit von Arbeit und Familie –, können einen Einfluss auf die Einkommensungleichheit haben.

Niemand kann voraussagen, wie die Bevölkerung auf eine Vertiefung der Einkommenskluft reagieren wird. Wissenschaft-

lich und politisch notwendig ist auf jeden Fall die Bereitstellung von Daten, die zuverlässigere Informationen zu dieser Problematik liefern.



Pascale Gazareth

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Soziologischen Institut der Universität Neuenburg



Christian Suter

Forschungsleiter der SNF-Studie und Professor am Soziologischen Institut der Universität Neuenburg

Literatur

- Suter C., Kuhn U., Gazareth P., Crettaz E. und Ravazzini L. (Veröffentlichung bevorstehend). Considering the Various Data Sources, Survey Types and Indicators: To What Extent Do Conclusions Regarding Changing Income Inequality in Switzerland Since the Early 1990s Converge? In: Franzen et al, Inequality and Integration in Time of Crisis. Proceedings of the SSA Congress 2013. Zurich: Seismo.
- Kuhn U. & Suter C. (2015). Entwicklung der Einkommensungleichheit in der Schweiz. Social Change in Switzerland Nr. 2, socialchangeswitzerland.ch.